II. Sicherheitsfragen und Wirtschaftsbeziehungen in den Zwanziger Jahren

Peter Krüger

Carl von Schubert und die deutsch-französischen Beziehungen *

Auf meine Frage, ob er mir Genaueres über die oft behauptete Neigung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Carl von Schubert zu Großbritannien und zu einer Politik enger deutsch-britischer Zusammenarbeit sagen könne, antwortete mir dessen Sohn vor Jahren erstaunt, das komme ihm seltsam vor. Er sei aufgewachsen, geprägt von der Überzeugung in seinem Elternhaus, daß es darum gehe, eine grundlegende Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu erreichen. Sein Vater habe sich dafür vor allem eingesetzt.

Bei den Zeitgenossen ergab sich zunächst ein ähnlich irritierendes Bild. Als Schubert (1882–1947) im Februar 1920 nach London ging, um für den neuen Botschafter, den Hamburger Bürgermeister Sthamer, einen der Außenseiter, die nach 1918 ins Auswärtige Amt kamen, die deutsche Botschaft neu einzurichten, erklärte sein Pendant in Berlin, der britische Geschäftsträger Lord Kilmarnock, er sei „distinctly not ‚persona grata‘“. Kilmarnock gab zu verstehen, Schubert möge so bald wie möglich aus London wieder verschwinden. Aus London folgte die Begründung: Schubert sei nicht nur nahe verwandt mit dem Staatssekretär des Auswärtigen von 1917/18, von Kühlmann, sondern ein Feind Englands. Dieses Ver-

* Verwendete Abkürzungen:

- AA = Auswärtiges Amt
- ADAP = Akten zur deutschen auswärtigen Politik
- MAE = Ministère des Affaires Etrangères
- MICUM = Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines
- Nl. = Nachlaß
- PA = Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
- RM = Reichsminister
- St.S. = Staatssekretär
- V.V. = Versailler Vertrag
- WRep = Wirtschaft/Reparationen

dikt spielte auf Schuberts Tätigkeit als Organisator eines weitverzweigten Informations- und Nachrichtendienstes während des Ersten Weltkriegs an der Gesandtschaft Bern an. Diese Berner Tätigkeit führte auch dazu, daß er von den Franzosen ähnlich beurteilt und auf die Liste mißliebiger Diplomaten gesetzt wurde. Die zuständigen Behörden der Entente waren sich also zunächst in ihrem Argwohn einig¹.

Schubert selber störte das wenig. Nach Abschluß seines Auftrags in London wurde er nach Berlin zurückberufen und erhielt auf seine sehr nachdrücklich vorgetragenen Forderungen hin eine der auf Grund der Schülerschen Reform des Auswärtigen Dienstes neu geschaffenen Länderabteilungen, und zwar die für Großbritannien und sein Empire zuständige. Schubert gehörte zu den am höchsten eingeschätzten jungen Beamten des Amtes. Er erhob Anspruch auf diese Abteilung mit der ausdrücklichen Begründung, daß er nur dort seine außenpolitischen Vorstellungen verwirklichen könne, in denen Großbritannien eine maßgebende Rolle spielte². Es besteht also kein Zweifel daran, daß er wenigstens in den Nachkriegsjahren eine auf Großbritannien orientierte Außenpolitik vertrat – mit Nachdruck. Was er damit erreichen und wie weit er darin gehen wollte, ist allerdings erst noch zu untersuchen.

Demgegenüber läßt sich aber auch die Aussage von Schuberts Sohn in den Quellen eindeutig belegen; offensichtlich ist dies jedenfalls seit der Mitte der 1920er Jahre. Es handelt sich um eine interessante, aber altersbedingte Wahrnehmung. Denn der Sohn konnte erst für die Zeit seit den späten 1920er Jahren eigene Eindrücke wiedergeben. Dieser Befund legt den Gedanken nahe, daß es sich um eine gewisse Entwicklung in den Auffassungen Schuberts handelte, möglicherweise um zwei Orientierungen – die britische und die französische –, die im Hinblick auf eine allmählich ausgestaltete übergeordnete außenpolitische Konzeption keineswegs im Widerspruch zueinander standen, sondern auf sich verändernde Bedingungen und Wahrnehmungen antworteten. Außerdem läßt sich aus den Quellen belegen – und ist demgemäß bei der Untersuchung seiner Frankreich-Politik angemessen zu berücksichtigen –, daß die Formierungsphase der außenpolitischen Konzeptionen Schuberts unlösbar verquickt war mit seinem Aufstieg und insbesondere mit seinen recht erfolgreichen Bemühungen, die Weiterentwicklung der organisatorischen Reformen des Auswärtigen Amtes voranzutreiben.

Die weitreichende Schülersche Reform hatte vorübergehend etwas chaotische Folgen. Das war unvermeidlich angesichts der notwendigen Umstellung – eine Umwälzung geradezu – von der großen Politischen Abteilung aus dem Kaiser-

¹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (= PA), Rep. IV Pers., 483, Bd. 3, Handschreiben Kilmarnocks, 28.3., Telegramm Shamers 24. 4. 1920; Ministère des Affaires Étrangères (= MAE), Série Z-Europe, Allemagne 1918–1929, Corps diplomatique d'Allemagne, vol. 31, Bericht Mil.-Attaché Bern 16. 11. 1918.

² Nachlaß Schubert (Grünhaus), Politisches Tagebuch, Bd. II, 10. 6. u. 30. 6., Bd. III, 19. 8. 1920; Peter Krüger, Struktur, Organisation und außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des Auswärtigen Dienstes 1921–1933, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Das diplomatische Korps 1871–1945 (Boppard 1985) 136–139.

reich samt ihren Sachabteilungen auf das Prinzip der Regionalabteilungen unter Zusammenfassung der einzelnen Materien, vor allem Politik und Wirtschaft. Der Gefahr vieler kleiner, disparater Abteilungen für eine einheitliche Außenpolitik, noch gesteigert durch zwei Staatssekretäre an der Spitze der Behörde, sollte mit Hilfe einer Konzentration der Arbeitseinheiten, einer strafferen Spitzengliederung mit nur einem Staatssekretär und stärkerer wechselseitiger Beteiligung an wichtigeren Vorgängen gebannt werden. Das dauerte einige Jahre, war aber im wesentlichen 1922/23 abgeschlossen. Schubert war nachhaltig an diesen und weiteren Maßnahmen beteiligt; er betonte die unentbehrliche Grundlage eines gut funktionierenden, effizienten Apparates als Voraussetzung jeder konsequenten und erfolgreichen Außenpolitik. Eine in sich schlüssige, kontinuierliche und verlässliche, vornehmlich auf die westlichen Großmächte ausgerichtete Politik vermißte er in der Unstetigkeit und den Improvisationen der ersten Nachkriegsjahre sehr. Beides, eine „klare Linie“ und eine wirkungsvolle Organisation, wollte er, zunächst ausgehend von der Großbritannien-Politik als Angelpunkt, schaffen helfen, wobei er überzeugt war, daß sich das eine nicht ohne das andere erreichen lasse³. Aber eine wesentliche dritte Voraussetzung für eine erfolgreiche Außenpolitik kam hinzu: eine handlungsfähige, auf längere Sicht kalkulierbare politische Führung, möglichst auf der Basis eines gefestigten Zusammenwirkens des „gemäßigt und vernünftig denkenden Teil[s] des deutschen Volkes“, vor allem unter Einbeziehung der SPD, selbst wenn sie in der Opposition stand⁴. Das alles war Ausdruck eines sehr methodischen Vorgehens.

Das Zusammenwirken von politischen Bedingungen, Konzeption und Organisation der Außenpolitik, wie Schubert es vertrat, lag auf Grund der inneren und äußeren Umbruchsituation und als Bedingung moderner Außenpolitik überhaupt nahe. Trotzdem kam ein persönlicher Zug hinzu: ein umfassendes Verständnis von Außenpolitik und ihrem Umfeld, unterstützt durch Schuberts Herkunft, die einer weiter gespannten außenpolitischen Sicht entgegenkam, und ein bemerkenswert stark entwickelter Leistungswille, ja ein Gefühl der Verpflichtung zur Leistung. Diese Leistungsorientierung lag zwar in seiner Persönlichkeit begründet, wurde aber bestärkt durch die Familie und durch das traditionelle Beamtenethos des Dienstes für den Staat.

Schuberts Vater war ein 1899 geadelter General, der in eine führende Industrielenfamilie, die Stumms von der Saar, eingeheiratet hatte. Mit der Zugehörigkeit zu den Industrieunternehmen des Stummschen Familienverbunds entwickelte sich bei Schubert eine dauerhafte ökonomische Komponente seiner Auffassungen, die er in unermüdlichem Ausbildungsseifer – er war Jurist – während seiner Referendarszeit mit Hilfe wirtschaftlicher Studien an der neuen Handelshochschule in Köln förderte. Neffe des Staatssekretärs des Äußeren, Richard von Kühlmann, verheiratet mit einer Gräfin Harrach, geschiedene Bethmann Hollweg, gehörte Schubert zum „Bethmann-Stummschen Clan“, also zu den führenden Schichten,

³ Ebd. 101 ff.

⁴ Nl. Schubert, Polit. Tagebuch, Bd. II, 17. u. 22. 6. 1920.

genauer zum aufstrebenden höheren Bürgertum⁵. Seine Verknüpfung mit der Saar-Industrie bot die Voraussetzung für eine, vor allem nach 1918, notwendige und eingehendere Auseinandersetzung und Beziehung mit Frankreich. Diese Wirkung blieb auch immer wieder spürbar, aber die Einflüsse der angelsächsischen Länder waren am Beginn seiner diplomatischen Karriere stärker.

Die erste Abordnung als junger Attaché führte Schubert Anfang 1907 nach Washington, D.C. Dort mußte er sich nicht nur in einem umfangreichen und vielfältigen Aufgabengebiet bewähren – zur großen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten übrigens –, sondern fertigte auftragsgemäß schon eine „klare und erschöpfende Darstellung der industriellen Entwicklung des Südens [der USA]“ an, die „von großem Interesse“ sei, vom Reichskanzler gelobt und dem Staatssekretär des Inneren zur Verwertung in deutschen „Interessentenkreisen“ übermittelt wurde. Seine Abschlußarbeit für die diplomatische Prüfung fand ebenfalls großes Interesse; er befaßte sich darin mit dem Eisenbergbau und der Eisen- und Stahlindustrie der Vereinigten Staaten⁶. Einen noch nachhaltigeren Eindruck auf ihn hinterließ sein erster wichtiger diplomatischer Posten als 2. Botschaftssekretär an der Botschaft London seit November 1912, als Richard von Kühlmann als Botschaftsrat und der spätere Botschafter in Paris, Leopold von Hoesch, ebenfalls als Botschaftssekretär dort arbeiteten. Damals schon war Schubert, von großer massiger Gestalt und in seinen Demarchen, wie auch die britischen Akten zeigen, fast über vorsichtig, genau, gelegentlich umständlich wirkend, das ganze Gegenteil des gewandten Diplomaten. Seine Begabung lag mehr in der klaren Bestandsaufnahme und Analyse, in der genauen Konzeption. Aber der Einfluß der Londoner Erfahrungen wirkte nachhaltig, er war beeindruckt von der Bedeutung Großbritanniens und seiner weltweiten Verbindungen und vom britischen politisch-diplomatischen Stil.

Im übrigen teilte Schubert anfangs die Ressentiments, Borniertheiten und nationalistischen Ansprüche, die in seinen Kreisen wie unter den Deutschen überhaupt grassierten: Der Versailler Vertrag war unhaltbar und von empörender Ungerechtigkeit – auch im Hinblick auf die Kriegsschuldfrage –, die nationale Ehre und die schiere Existenz Deutschlands untergraben, der fortwirkende Zerstörungswille vor allem Frankreichs offensichtlich, und die farbigen französischen Besatzungstruppen bezeichnete er einmal als „schwarze Pest“⁷. Für eine geschichtswissenschaftliche Untersuchung geht es vornehmlich darum, bei ziemlich gleicher Ausgangslage für die deutschen Außenpolitiker und Diplomaten und der bei ihnen überwiegenden Mentalität, ihrer Vorurteile und der nicht oder nur schwer verwundenen Niederlage, nicht einzelne Befunde, sondern Entwicklungen zu untersuchen, d.h. mögliche Lernprozesse, und zwar über Veränderungen des Bewußtseins, aus den Reaktionen auf wichtige Ereignisse heraus. Das Verhar-

⁵ *Harry Graf Kessler*, Tagebücher 1918–1937, hrsg. von *Wolfgang Pfeiffer-Belli* (Frankfurt a. M. 1961) 453; PA, Rep. IV Pers., 483, Bd. 1.

⁶ Ebd., Speck v. Sternburg 21. 8., 1. 12., Reichskanzler v. Bülow 30. 9. 1907, Schubert 20. 1. 1909.

⁷ Nl. Schubert, Polit. Tagebuch, Bd. 5, 20. 12. 1920.

ren in nationalistischer Beschränktheit war nicht unentrinnbar, wie auch Christian Baechler an den Lern- und Entwicklungsprozessen Stresemanns eindrucksvoll gezeigt hat⁸.

Strukturelle Bedingungen für das Verhalten in der internationalen Politik sind zweifellos von Bedeutung – Erziehung, Breite und Intensität internationaler Kontakte und Erfahrungen, etwa in transnationalen Wirtschaftsunternehmen etc. –; die Persönlichkeit, der Charakter, die Klugheit derer, die außenpolitische Verantwortung tragen, bleibt trotzdem, wenn auch im Rahmen derartiger Bedingungen, ausschlaggebend. Bei Schubert zeigte sich das von Anfang an und trotz aller nationalen Vorurteile in einem ungewöhnlichen Sinn für Angemessenheit, für Sachbezogenheit und Gleichberechtigung, gemeint als gleichermaßen zu berücksichtigende Ansprüche, Interessen, Verpflichtungen aller an einer internationalen Angelegenheit Beteiligten. Er war stets Verfechter eines auf wirklichem Interessenausgleich gegründeten Kompromisses. Schon in der Juli-Krise von 1914, als er Greys Vermittlungsansätze erkannte, notierte er in London: „Wir müssen auch etwas tun.“⁹ Diese Worte wirken fast wie ein Motto seiner weiteren Karriere, die Überzeugung von der Verpflichtung jeder Regierung, sich für eine friedliche und vernünftige Regelung von Streitfragen einzusetzen. Hierbei und bei späteren Gelegenheiten zeigte sich außerdem allmählich immer klarer sein Streben nach Einvernehmen und enger Zusammenarbeit der Mächte – nicht nur der großen – im Sinne des europäischen Konzerts, das er allerdings selten so bezeichnete, eine Form des Zusammenwirkens, die er angesichts der viel schwieriger gewordenen, von steigender wechselseitiger Abhängigkeit gekennzeichneten Verhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg zur Vermeidung von leicht auszulösenden katastrophalen Entwicklungen für unbedingt erforderlich hielt. Insofern gehörte auch sein Verhältnis zu Frankreich in ein solches europäisches Beziehungsgeflecht und ist bilateral nicht vollständig zu erfassen.

Der Lernprozeß Schuberts, von dem die Rede war, läßt sich an wichtigen Etappen und Entscheidungen deutscher Außenpolitik seit 1918 nachzeichnen. Frankreich stand jedesmal im Brennpunkt. Der Weg zur Verständigung mit Frankreich wird erkennbar als ein aus Schuberts Sicht bemerkenswert folgerichtiger Umweg über Großbritannien als wichtigen Faktor für einen europäischen Ausgleich. Dabei aber tritt die Frage immer deutlicher hervor, ob nicht der Entschluß, über den eigenen Schatten zu springen und frühzeitig auf die schon 1919 von führenden französischen Politikern erwogene engere Verflechtung zwischen Frankreich und Deutschland – allerdings nach französischen Vorstellungen – zuzusteuern, der weniger riskante und wesentlich kürzere Weg gewesen wäre.

Erste entscheidende Etappe war Versailles. In einer Denkschrift vom 14. 6. 1919¹⁰ sprach Schubert gegen die Annahme des Friedensvertrags, eine Haltung,

⁸ *Christian Baechler, Gustave Stresemann (1878–1929). De l'impérialisme à la sécurité collective* (Straßburg 1996).

⁹ Nl. Schubert, Verschiedene Schriftstücke.

¹⁰ PA, Weltkrieg 31, Bd. 6.

die nicht nur den Einfluß der deutschen Friedensdelegation widerspiegelte. In den ersten Nachkriegsjahren sprach er noch mehrmals davon, man müsse notfalls auch einmal ein kräftiges „Nein“ sagen, wenn die Alliierten, und vor allem die französische Regierung, zuviel verlangten. Bemerkenswerter waren – abgesehen davon, daß er selber in kritischen Situationen seinem wenigstens 1919 eher zweifelhaften Rat nicht folgte – die Voraussetzungen, an die er ein solches „Nein“ band: Er forderte immer wieder, daß die Reichsregierung zunächst einmal eine klare Linie konsequent und ohne Winkelzüge einhalte, ernsthafte Angebote vor allem in der für Frankreich so wichtigen, die ersten Nachkriegsjahre beherrschenden Frage der Reparationen mache, und damit wieder zu einem geachteten und zuverlässigen Partner unter den Mächten werde: Partner einer engeren Zusammenarbeit in Europa, an der ihm desto mehr lag, je mehr seine außenpolitischen Leitgedanken sich klärten und er nur in diesem Rahmen sich eine sinnvolle und für Deutschland ersprießliche Form des Wiederaufstiegs vorzustellen vermochte. Der französische Druck, den er anfangs als „Vernichtungswillen“ übertrieb, stand ausschlaggebend hinter allen seinen konzeptionellen Überlegungen, gerade auch hinter seiner starken britischen Orientierung. Er arbeitete jedoch nicht auf einen Bruch zwischen den beiden Entente-Mächten und eine Isolierung Frankreichs hin, sondern im Gegenteil auf eine Stärkung der britischen Einwirkungsmöglichkeiten in Paris auf Grund der wachsenden Einsicht, daß eine sachdienliche und kooperative Politik mit den Deutschen möglich sei. Nur mußte – woran er intern mit drastischen Worten seine Zweifel äußerte – eine diesem Ziel angemessene Außenpolitik am Anfang der 20er Jahre in Berlin erst noch als grundlegend wichtig erkannt und durchgesetzt werden.

Jedenfalls wollte Schubert nichts weniger als eine einseitige deutsch-britische Beziehung. Diese sollte statt dessen das Instrument bilden für eine enge Zusammenarbeit der europäischen Mächte, die er auch zur Verhütung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs für unerlässlich hielt. Dahinter stand die Überzeugung, daß sich nur so die Wiederherstellung Europas und der Wiederaufstieg Deutschlands, dessen Wirtschaftskraft für Europa unentbehrlich sei, verwirklichen ließen. Prinzipiell und schon von Beginn seiner Karriere an bestand er allerdings auf einer präzisen, der Berechenbarkeit und dem Vertrauen dienenden Formulierung außenpolitischer Ziele und der klaren Äußerung von Wünschen und Interessen als Vorbedingung aussichtsreicher internationaler Verhandlungen und tragfähiger Kompromisse. Am nachhaltigsten hat er mit dieser Einstellung bei der Vorbereitung von Locarno und der Ingangsetzung von Rheinlandräumung und endgültiger Reparationslösung auf die deutsche Außenpolitik eingewirkt.

Die weiteren Etappen zeigen die Entwicklung der außenpolitischen Vorstellungen Schuberts und seiner Beurteilung und Behandlung des für Deutschland zentralen Verhältnisses zu Frankreich – wobei stets in Rechnung zu stellen ist, daß er bis zur Ära Stresemanns dafür nicht zuständig war. Für die Konferenz von Spa (5.–16. 7. 1920), die erste in einer längeren Folge über die Ausführung des Versailler Vertrags, vor allem die Reparationen, strich Schubert die Bedeutung mündlicher Verhandlungen besonders heraus, nicht nur in unangenehmer Erinnerung

an den „Notenkampf“ von Versailles, sondern vor allem im Hinblick auf die Etablierung eines laufenden Kontaktes zwischen Deutschland, Großbritannien und Frankreich – Schutz vor einseitigen französischen Maßnahmen und Wiederanerkennung des Reiches als „gleichberechtigter Partner im Konzert der Mächte“. In der Reparationsfrage – aber auch sonst – müsse die Reichsregierung praktische, positive Vorschläge machen und ehrliche Leistungsbereitschaft zeigen; dann sei auch eine deutliche Ablehnung überzogener Forderungen angebracht. Dementsprechend müsse eine konsequente, „ganz ehrliche, krystallklare Politik“ ohne kleine taktische Mittel – „der alten Schule“, wie er gelegentlich hinzufügte – und ohne faule Kompromisse geführt werden. Die Regierungskrise hielt er für ein Unglück; auch für Spa seien Hermann Müller und die SPD als sichtbares Zeichen des Überwiegens der vernünftigen und gutwilligen Deutschen wichtig. Er betonte auch später immer wieder, daß eine solche Politik die britische Unterstützung finde. Die britische Regierung betrachtete er als einzigen potenten Partner, um die französische Politik gegen Deutschland einzudämmen und eine allmähliche Normalisierung des deutsch-französischen Verhältnisses auf der Basis der Gleichberechtigung des Reiches herbeizuführen. Er warnte allerdings vor übertriebenen Hoffnungen auf rasche Unterstützung durch die Briten¹¹.

Für Spa umriß Schubert im Grunde schon wesentliche Teile eines außenpolitischen Gesamtkonzepts. Das brachte ihn allerdings 1920–22 wiederholt in Gegensatz zur Leitung des Auswärtigen Amtes. Zustimmung fand er indessen, als Außenminister Simons neue Richtlinien ausgab und unter maßgebender Vorarbeit Schuberts – bis in den Wortlaut einzelner, allerdings bei weitem nicht aller Passagen hinein – am 9. 9. 1920 seine Richtlinien für die deutsche Politik gegenüber Großbritannien formulierte¹². In dieser Zeit deutete Schubert weitere Leitlinien eines allmählich entstehenden Gesamtkonzepts an, das schon als solches für seine Frankreichpolitik wichtig war. Da war zum einen die Skizzierung einer Erfüllungspolitik *avant la lettre*, um die Unausführbarkeit des Versailler Vertrags offenkundig zu machen, ohne sich durch „Winkelzüge“ dem ernsthaften Versuch zur Ausführung zu entziehen oder gar Großbritannien gegen Frankreich ausspielen zu wollen: Eine wirkliche Erleichterung sei nur in Übereinstimmung aller Beteiligten zu erreichen. Diese Linie weitergehender und seriöser deutscher Reparationsangebote hat er dann konsequent verfolgt, schließlich auch im Gegensatz zu Simons, dessen unklare Politik und ganz unzulänglichen Auftritt auf der Londoner Konferenz Anfang März 1921 er kritisierte, und im nachdrücklichen Eintreten für die Annahme des Londoner Ultimatums vom 5. 5. 1921 – „da ich diese Politik für die einzig richtige halte“¹³. Im übrigen war er mehr und mehr davon überzeugt, daß die französische Regierung Gründe für einen Ruhr-Einmarsch sammle,

¹¹ NI. Schubert, Polit. Tagebuch, Bd. II, 3., 17. u. 22. 6. 1920.

¹² NI. Schubert, Polit. Tagebuch, Bd. III, 8., 10. u. 11. 9. 1920; Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (= ADAP), Serie A, Bd. III, 558–60.

¹³ NI. Schubert, Polit. Tagebuch, Bd. VIII, Vermerke Schuberts vom 4. u. 6. 3., an Dufour (Botschaftsrat London) 18. 3. 1921; Bd. IX, 17. 4. 1921 an Dufour; Bd. X, Schubert an Sthamer 9. 5. 1921.

sich dort ein Faustpfand verschaffen wolle. Deutsche Hoffnungen auf den mäßigen Einfluß von Sozialisten, Geschäftsleuten oder den USA seien abwegig. Nur die britische Regierung sei in der Lage, die Franzosen zurückzuhalten, sofern sie von einer vernünftigen deutschen Politik überzeugt sei¹⁴.

Zum anderen traten immer deutlicher Schuberts Sorgen und Bestrebungen wegen der europäischen und der Weltwirtschaft hervor; auch dies ein wesentlicher Umstand deutschen Wiederaufstiegs, weil in allen Erörterungen unterstrichen werden konnte, daß die europäische nicht ohne die deutsche Wirtschaft floriere. Bei Schubert allerdings gingen die Befürchtungen noch weiter. Auf Grund der unumgänglich steigenden internationalen Verflechtung in der modernen Wirtschaft beschwor er immer wieder die Notwendigkeit enger Kooperation der Staaten, um katastrophale Entwicklungen zu vermeiden, und setzte sich dafür ein, Behinderungen des internationalen Wirtschaftsverkehrs abzubauen. Vor allem das erschöpfte, destrukturierte und destabilisierte Europa bedurfte dringend einer politisch abzusichernden Erholung und Neuordnung. Selbstverständlich würde dies gerade Deutschland zugute kommen und die französischen Anstrengungen um Verringerung des immer noch überlegenen deutschen Machtpotentials empfindlich schwächen. Aber an der Stichhaltigkeit und der weit über das deutsche Problem hinausreichenden Bedeutung dieser Überlegungen änderte das nichts.

Schon in London versuchte Schubert, die Presse für die Dringlichkeit einer „wirklichen internationalen Zusammenkunft“ über Wirtschaftsfragen und der Zulassung Deutschlands zum Welthandel zu interessieren. Seit Januar 1921 bemühte er sich, Lloyd George davon zu überzeugen, daß er in der Reichsregierung einen Partner finde, der wie er der Wiederherstellung der Weltwirtschaft Vorrang einräume, deren Störung durch die Lage in Zentraleuropa erhebliches Gewicht beimesse und auch die Bedeutung Rußlands als – möglicherweise gemeinsam zu erschließender – Absatzmarkt erkenne (auch wenn Schubert die Euphorie über das gewaltige Potential des russischen Marktes nicht teilte). Die Erschließung Rußlands blieb aber ein Randaspekt bei den notwendigen Impulsen für die Wiedergesundung der europäischen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wobei die wirtschaftliche Erholung Deutschlands unentbehrlich sei und im Interesse auch der Alliierten, insbesondere Großbritanniens liege¹⁵. Grundsätze für die zu diesem Zweck anzuwendenden Methoden entwickelte er ebenfalls schon, und an ihnen hielt er später konsequent fest: kategorischer Verzicht auf Krieg bei der Revision einzelner Regelungen des Versailler Vertrags¹⁶, Wiederaufstieg des Reiches im europäischen Verbund, schrittweise Veränderung der als besonders bedrohlich und die deutsche Großmachtstellung vernichtend empfundenen französischen Politik über einen Lernprozeß, der seine Überzeugungskraft aus einer immer weiter zu intensivierenden deutschen Kooperation mit Großbritannien

¹⁴ Ebd. Bd. V, Schubert an Sthamer 27. 12. 1920.

¹⁵ Ebd. Bd. III, Schubert an Spender (Westminster Gazette) 3. 8. u. Aufzeichnung 6. 9. 1920; Bd. VI, Schubert an Ministerialdirektor v. Simson u. Roediger (Legationsrat London) 22. u. 29. 1.; Bd. VII, Schubert an Sthamer 7. 2. 1921.

¹⁶ Ebd. Bd. VII, Schubert an Dufour 21. 2. 1921.

und, soweit möglich, mit den USA gewinnen sollte, und schließlich ganz allgemein der Anschluß an den Westen und der Verzicht auf Verbesserung der Position Deutschlands mit Hilfe einer deutsch-sowjetischen Liaison.

Trotz gelegentlicher Fehleinschätzungen in einzelnen Situationen¹⁷ boten diese Leitlinien eine solide Grundlage außenpolitischer Konzeptionen und Maßnahmen, und auch drastische Äußerungen Schuberts im internen Dienstverkehr lenken nicht davon ab, daß er in der konkreten Politik sehr behutsam und mäßigend vorging, wie etwa mit dem nicht seltenen Hinweis, man dürfe von den führenden britischen Außenpolitikern keine Erklärungen oder Maßnahmen verlangen, zu denen sie mit Rücksicht auf ihren französischen Verbündeten einfach nicht greifen könnten¹⁸. Was er verhindern wollte, waren neu erstehende gegeneinander gerichtete Gruppierungen wie vor 1914 mit den alten diplomatischen Instrumentarien der Blockbildung und des Ausspielens gegnerischer oder nicht festgelegter Mächte. Rathenaus, des damaligen Wiederaufbauministers, überraschende Initiative zu eingehenden Besprechungen über wirtschaftlich erträgliche Formen der Reparationsleistung – 12./13. 6. 1921 in Wiesbaden – mit seinem französischen Gegenpart Loucheur kommentierte Schubert noch mit einiger Skepsis. Er erklärte aber, „daß die wirtschaftliche Einigung mit Frankreich ihre sehr großen Vorteile haben würde“, angesichts der vorherrschenden mißtrauischen und feindseligen Stimmung sich jedoch noch nicht durchführen lasse¹⁹. Eine Einigung mit Großbritannien, auch in untergeordneter deutscher Rolle, sei unerlässlich, eine enge Zusammenarbeit zu dritt dann ein erstrebenswertes Ziel.

In den Krisen um die Oberschlesien-Entscheidung und die sich abzeichnende Zahlungsunfähigkeit bei den Reparationen beobachtete Schubert das deutsch-britisch-französische Verhältnis sehr genau, vor allem auch die informelle Teilnahme Rathenaus an den vorbereitenden Gesprächen der Premierminister Lloyd George und Briand in London Ende 1921 und die eigentliche Vorbereitungskonferenz für die Konferenz von Genua in Cannes im Januar 1922. Schubert, inzwischen Ministerialdirektor der aus mehreren Abteilungen zusammengeführten umfangreichen Abteilung III und damit wie Maltzan in der Ostabteilung der Gewinner der organisatorischen Konzentration, zollte der Verhandlungsführung Rathenaus hohe Anerkennung. Er tat alles in seiner Macht stehende, um Lloyd Georges Hauptprojekt, die Begründung wirtschaftlicher und politischer Kooperation in Europa auf der Genua-Konferenz, zu unterstützen. Vor allem trat er für das in diesem Zusammenhang am 25. 2. 1922 gegründete, jedoch niemals verwirklichte internatio-

¹⁷ Etwa in bezug auf mögliche gefährliche Konsequenzen der Brüsseler Konferenz der Reparationsexperten 16.–22. 12. 1920, mit einem gewissen Klärungsprozeß seiner zunächst rigoros ablehnenden Haltung hin zur – obgleich damals noch verfrühten – Konzeption einer möglichen deutschen Reparationspolitik: an Sthamer 27. 12. 1920, Denkschrift 22. 1. 1921, ebd. Bd. V u. VI.

¹⁸ Ebd. Bd. VII, 7. 2. 1921 an Dufour. Auch die Anrufung des Präsidenten der USA, Harding, hielt er für eine „katastrophale Dummheit“, Bd. IX, Aufzeichnung 22. 4. 1921; Anknüpfung unter veränderten Umständen und Zielen: Bd. XIII, Aufz. 15. 8., an Dufour 20. 8. 1921.

¹⁹ Ebd. Bd. XI, 14. 6. 1921 an Dufour.

nale Konsortium zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Rußlands und Ostmitteleuropas ein. Intern brachte er mit teilweise sarkastischen Bemerkungen zum Ausdruck, wie ablehnend und mißtrauisch er den inzwischen spürbarer werden den Intentionen des Reichskanzlers und Maltzans, sich mit Sowjetrußland zum Zwecke einer unabhängigeren Großmachtstellung des Reiches zu einigen, gegenüberstand. Einen Erfolg Lloyd Georges und eine publikumswirksame, alle anderen Themen in den Hintergrund drängende britisch-französische Initiative für eine europäische Konferenz in Genua mit dem Ziel, wirtschaftliche Kooperation und politische Entspannung zu fördern, schien er geradezu als unentbehrlich zu betrachten. Dies sollte in Deutschland trotz aller Ressentiments gegen „die Entente“ die innenpolitischen Voraussetzungen für aktive, gleichberechtigte Beteiligung sichern und damit auch das Kabinett Wirth stützen – ganz abgesehen von der unbedingt zu ergreifenden Gelegenheit, daß die britische Regierung sich ernsthaft anschickte, sich um Europa zu kümmern und Deutschlands internationale Position zu verbessern, allerdings nur unter der Voraussetzung engen Anschlusses an ihre und der Alliierten Politik²⁰.

Von Leuten, die er akzeptierte²¹, wurde ihm im Januar 1922 der schon aus den Londoner Gesprächen zwischen Lloyd George und Briand abzulesende Einfluß der Sicherheitsfrage – besonders die Garantie der französisch-deutschen Grenze – auf alle wirtschaftlichen Zielsetzungen und Verhandlungen Frankreichs eindringlich vor Augen geführt. Die direkte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland sei für die Zukunft Europas entscheidend. Den Regierungswechsel von Briand zu Poincaré (15. 1. 1922) empfand Schubert als Rückschlag. Er glaubte zwar, „daß Poincaré zunächst sehr vorsichtig vorgehen“ werde, aber sich öffentlich so festgelegt habe, daß er dem Reich kaum entgegenkommen könne und alles versuchen werde, um „den Engländern seine Ideen beizubringen. Er wird dabei mit allen Mitteln der alten Schule arbeiten, die er leider vollkommen beherrscht.“²² Infolgedessen wurde es auch noch schwerer für die Reichsregierung, auf die britische Regierung einzuwirken. Deshalb verstärkte Schubert seine Anstrengungen, den deutschen Auffassungen und Interessen in London Geltung zu verschaffen, das deutsch-britische Verhältnis frei von Störungen auf einer möglichst einvernehmlichen Linie für Genua zu halten und zugleich die französische Regierung nicht herauszufordern, sondern in möglichst guten Kontakt mit ihr zu kommen.

Hierbei geriet Schubert in einen bedeutsamen sachlichen Dissens mit Rathenau, dessen Übernahme des Auswärtigen Amtes er im übrigen sehr begrüßte. Während er immer entschiedener gegen die „teuflischen Pläne“ der Russen Stellung bezog, wischte er die von Maltzan und anderen Verfechtern der Verständigung mit So-

²⁰ Peter Krüger, „Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen“ – Walther Rathenau als Außenpolitiker, in: *Hans Wilderott*, Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867–1922 (Berlin 1994) 190 ff.; Nl. Schubert, Polit. Tagebuch, an Sthamer u. Dufour 8., 17./19., 30. 12. 1921 u. 27. 2. 1922, Bd. 6 u. 8.

²¹ Ebd. Bd. 7, 16./18. 1. 22 Poliakoff (Times).

²² Ebd., an Sthamer 16. 1. 1922.

wjetrußland verbreiteten Sorgen wegen des Art. 116 V.V. und einer möglichen französisch-russischen Einigung als abwegig beiseite. Zugleich suchte er – obwohl nicht zuständig – in einem schwierigen Balance-Akt einerseits Rathenaus aufflackernde Hoffnungen auf Poincaré zu dämpfen, andererseits eine nüchterne, insbesondere Provokationen in der Reparationsfrage vermeidende Haltung gegenüber den Franzosen bei ihm zu erreichen. Seine Sorge, daß die ohnehin begrenzten Chancen der Genua-Konferenz durch ein deutsches Auftrumpfen vorweg in der Reparationsfrage verspielt werden könnten, und seine im Vergleich mit den Vorstellungen Rathenaus wesentlich präzisere Beurteilung des zu erwartenden Ablaufs der Konferenz führten zu einer faszinierenden Unterredung mit Rathenau am 17. 3. 1922. Bei diesen und ähnlichen Gelegenheiten bestand Schubert auf einer präzisen Konzeption, auf der Stringenz der Richtlinien und auf dem Verzicht auf alle sie beeinträchtigenden Absichten: ein klar durchdachtes und umrissenes Programm, über das Rathenau nicht verfügte²³.

Das Scheitern der Genua-Konferenz, wozu in erster Linie der Rapallo-Vertrag beitrug, konnte Schubert nur ohnmächtig von Berlin aus mitansehen. Westexperten fehlten unter den Vertretern des Auswärtigen Amts in Genua. Die Gleichgültigkeit der deutschen Delegation gegenüber dem Scheitern dieser ersten Möglichkeit europäischer Kooperation und das Übergewicht, das dem einseitigen Ausgleich mit Sowjetrußland beigelegt wurde, trafen ihn tief. Ihm ging es, abgesehen von allen nationalen Interessen, um die Abwendung einer ökonomischen „Weltkatastrophe“²⁴. Unter den leitenden Beamten war er der nachdrücklichste Kritiker des Rapallo-Vertrags. Er zog daraus in den Verhandlungen um den Dawes-Plan und die Sicherheitsinitiative, die nach Locarno führte, die Konsequenzen und suchte die unmittelbare Einwirkung der Russen – nicht den taktisch-diplomatischen Kontakt mit ihnen – auszuschalten. Als bei der Vorbereitung der Londoner Konferenz über den Dawes-Plan die Vermutung aufkam, auch Maltzan (inzwischen Staatssekretär) gehöre zur deutschen Delegation, wandte sich Schubert, Genua in übler Erinnerung, entschieden dagegen: „Außerdem wäre es noch schöner, wenn wir schon wieder das Ergebnis einer hochwichtigen Konferenz durch Beschäftigung mit dem dämlichen russischen Unfug gefährden wollten.“²⁵

Vor allem aber bewirkte Rapallo zunächst einen schweren Rückschlag für die Westpolitik und einen Vertrauensverlust in Großbritannien, der Schuberts Sorgen vor der Zukunft nur noch verschärfte. Eine Verständigung mit Frankreich, die er befürwortete, erschien ihm unter diesen Umständen gravierender Schwäche Deutschlands, nicht zuletzt auf Grund der rasch anwachsenden Inflation und der Stimmung in beiden Ländern, unmöglich. Das hieß, an eine wirkliche Verständigung war aus deutschem Interesse erst unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung zu denken; sonst wolle die französische Regierung doch nur Deutschland unterdrücken oder zertrümmern. Solchen kräftigen Bekundungen standen jedoch

²³ *Krüger*, Rathenau (wie Anm. 20) 196 ff., auch für das Folgende.

²⁴ Nl. Schubert, Polit. Tagebuch, Bd. 9, 8. 4. 1922 an Dufour.

²⁵ Ebd. Bd. 23, 5. 7. 1924 an Dufour.

zunehmend Einflüsse und Erfahrungen gegenüber, die – vielleicht gerade, um die französische Gefahr abzuwehren – eine stärkere Beachtung Frankreichs und der französischen Interessen im Sinne einer unumgänglichen europäischen Zusammenarbeit forderten. Nicht zuletzt aus dem Stummschen Familienkonzern, zu dem er gehörte, erreichten ihn eindringliche Analysen über die Bedeutung wirtschaftlicher Prosperität für die internationale Politik, über das vitale Interesse aller am immer unentbehrlicher gewordenen Welthandel und vor allem über den Vorrang deutsch-französischer Verständigung für jede internationale Zusammenarbeit – also für eine Ordnung, die Schubert mit aller Kraft und auf der Basis engen Einvernehmens erstrebte²⁶.

Nach Genua bot die europäische Politik ein Bild zunehmender Steuerungslosigkeit. Streitfragen blieben ungelöst. Das alles überragende Problem der Reparationen fand nicht einmal mehr auf seiten der Sieger eine gemeinsame Politik. An französisches Entgegenkommen gegenüber dem praktisch zahlungsunfähigen Reich war ohne „produktive Pfänder“ nun erst recht nicht mehr zu denken. Vor allem fehlte jede Gemeinsamkeit herstellende, die europäischen Angelegenheiten lenkende Kraft. Denn Lloyd George war seit Genua gelähmt, gescheitert und mußte schließlich einer neuen konservativen Regierung weichen, während nicht einmal mehr die Institutionen der Alliierten für die Durchführung der Friedensverträge ihre integrierende Funktion zu erfüllen vermochten. Dieser Mangel an Klarheit und Zielstrebigkeit in den europäischen Angelegenheiten setzte sich in der wenig klaren Linie der deutschen Außenpolitik unter dem Eindruck der sich anbahnenden inneren Krise fort – vom Mord an Rathenau bis zur galoppierenden Inflation, von der Krise der Regierung Wirth bis zur Unfähigkeit, die Interessengegensätze in einer angemessenen Finanz-, Wirtschafts- und insbesondere Reparationspolitik zu überbrücken. Schubert litt darunter, sowohl unter der deutschen als auch der europäischen Misere. Im Herbst 1922 begann er, über neue Grundlinien deutscher Außenpolitik nachzudenken – zur selben Zeit, als er Aussichten hatte, zum Staatssekretär für Wirtschaft ernannt zu werden, ehe dann im Kabinett Cuno schließlich unter Maltzan beide Staatssekretärsposten zusammengefaßt wurden. Unter dem Damokles-Schwert französischer Ruhrbesetzung setzte er sich vergeblich für eine Regierung der großen Koalition unter Wirth mit einem außenpolitischen Programm konstruktiver Arbeit sowie fest umrissener Reparationsangebote und Lösungswege ein. Er blickte außerordentlich besorgt in die Zukunft. Poincaré sei der einzige, der wisse, was er wolle: Dem Rheinland vor allem drohe Gefahr²⁷.

Spätestens seit den Vorbereitungen für die Konferenz von Genua²⁸ war der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsaufschwung und Sicherheit in Europa, zwi-

²⁶ Ebd. Bd. 9, 27. 4., 1. 5. 1922; Bd. 11, 30. 6., 8./10. 7., 22. 7. 1922; Bd. 13, 20. 10. 1922; dabei trat immer deutlicher auch Schuberts Sorge um das Rheinland zutage.

²⁷ Ebd. Bd. 13, 25. 10. an Prittwitz (Botschaftsrat Rom); Bd. 14, 6., 20., 26. 11., 2. 12. 1922 an Dufour.

²⁸ Deutlich etwa in Unterredungen Briand/Lloyd George in Cannes 4. 1. 1922, MAE, *Série Z – Europe 1918–1929, Grande Bretagne*, Bd. 69.

schen wirtschaftlicher Kooperation und politischer Entspannung, vor allem aber zwischen Frankreichs Streben nach Sicherheitsgarantien und seiner Reparationspolitik deutlich zutage getreten. Diese Erkenntnis verband sich in der Endphase der Regierung Wirth, bei den fast einer Suche nach dem rettenden Strohalm gleichenden internen Erwägungen, mit der immer wieder aufflackernden, von Schubert unter den gegebenen Umständen stets als illusionär zurückgewiesenen Hoffnung auf ein rettendes Eingreifen der USA. So kam die, in ihrer Endfassung auf einen Entwurf Wirths selbst zurückgehende, Instruktion nach Washington vom 3. 10. 1922 zustande, die zur Vorgeschichte des bekannten, ziemlich verqueren Appells gehört, den Cuno an die amerikanische Regierung im Dezember 1922 mit der Bitte richtete, eine umfassende Stabilisierungs- und Reparationsanleihe in ihrem Land zu unterstützen und mit einer Garantie feierlicher Nichtangriffserklärungen zu verbinden²⁹.

Der Vorgang interessiert hier nur insofern, als Schubert einige Elemente dieser Vorstellungen für seine eigene Konzeption, die ersten konkreten Ansätze zur Dawes-Plan- und Locarno-Politik, verwandte, allerdings in einem völlig anderen Zusammenhang: Die von Wirth und Cuno verweigerten klaren Aussagen über die Angebote und das weitere Verfahren in der Reparationsfrage und der Versuch, die französische Regierung mit einem einigermaßen akzeptablen Plan zu konfrontieren, spielten bei ihm eine entscheidende Rolle. Hier wird im übrigen deutlich, wieviel für eine gut durchdachte, effiziente Außenpolitik von der in sich stimmigen, adäquaten Auswahl und Verschmelzung verschiedener Ideen und Details abhängt. Selbstverständlich waren die Schubertschen Konzeptionen, die auch einer neuen Frankreich-Politik zum Durchbruch verhelfen, auf viele treffende Überlegungen und Anregungen von anderen angewiesen.

Die Reichsregierung war über die Auffassung der amerikanischen Regierung, von deren Unterstützung sie so viel erwartete, eingehend unterrichtet. Man analysierte im Auswärtigen Amt die Lage auch hinsichtlich der französischen Interessen insgesamt zutreffend: 1) Befriedung und Interessenausgleich in Europa und ein präziser, umfassender deutscher Plan für die Regelung der Reparations- und übrigen Streitfragen als Voraussetzung jeder amerikanischen Beteiligung an der Sanierung Europas; 2) für Frankreich die unbedingte Verknüpfung eines einigermaßen akzeptablen und abgesicherten Zahlungsplans mit einer garantierten Kohlenbelieferung und der Garantie seiner Sicherheit gegen mögliche deutsche Angriffe. Nur hat unter ausschlaggebendem Einfluß Wirths eine durchaus selektive Berücksichtigung dieser Voraussetzungen stattgefunden in dem dezidierten Bestreben, keinen präzisen Reparationsplan vor einer Erholungspause und vor der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands zu präsentieren. Statt dessen wollte Wirth die Intentionen der Amerikaner auf die Befriedung Europas lenken – konkret: Schutz vor der französischen Ruhrbesetzung und ähnlichen Zwangsmaßnahmen –, indem er statt auf die in der Sache liegenden Probleme auf die Bedeutung der Reparationen als politische Waffe der französi-

²⁹ ADAP, Serie A, Bd. VI, 427f., 559f. (3. 12. 1922).

schen Regierung und allgemein als vorrangig politisches Problem verwies³⁰. Das war nicht grundsätzlich falsch, aber sehr einseitig und getragen von einer ganz abwegigen Auffassung davon, zu welcher weitreichenden und grundlegenden, die außenpolitische Haltung und Tradition der amerikanischen Regierung nachhaltig verändernden Maßnahmen sich Washington animieren lasse, bis hin zum Einsatz der interalliierten Schulden im deutschen Interesse. Dem standen dann in typischer Unstetigkeit und mangelnder Solidität einer kurzfristig – doch immer mit großen Worten – nach jedem Mittel zur Verbesserung der Lage greifenden Politik auch Überlegungen gegenüber, sich an Frankreich anzuschließen, vor allem wirtschaftlich und unter dem Eindruck des Stinnes-Lubersac-Abkommens vom 4. 9. 1922³¹.

Schubert, obwohl im Falle der Beziehungen zu den USA zuständig, war an diesen Entscheidungen nicht beteiligt – kein Wunder angesichts seiner unverblühten Kritik an einem solchen Vorgehen. In einer vertraulichen Aufzeichnung für dessen Urheber, Reichskanzler Wirth, äußerte er starke Zweifel am Wert „solcher allgemein gehaltenen Weisungen“ nach Washington, wie die erwähnte vom 3. oder die noch unangemessenere vom 21. 10. 1922. Dort wurden von der bolschewistischen Gefahr über die Bedrohung der deutschen Demokratie, die „Hungergefahr“ und den Zusammenbruch der „sozialen Ordnung“ bis zur Katastrophe der deutschen Wirtschaft alle seit 1918/19 bekannten Beschwörungen wieder aufgelegt, um zu beweisen, daß nur energisches Einwirken der angelsächsischen Mächte auf Frankreich all dies noch zu verhindern – ja Europa zu retten – vermöge. Schubert erklärte es in einer bei anderen leitenden Beamten unüblichen Schärfe für „absolut zwecklos“, diplomatische Konversationen zu führen oder sich mit „Politikern oder Sachverständigen fremder Länder zu unterhalten“, bevor nicht ein konkretes, detailliertes Programm mit präzisen Vorschlägen für die Reparationen und die damit zusammenhängenden Probleme vorliege; es dürfe sich nicht in „vagen Äußerungen ergehen“, wie Wirths Weisung vom 3. 10. 1922, „die daher ziemlich wertlos war“. Dann skizzierte er in wenigen Sätzen, wie ein prägnanter Vorschlag zu erarbeiten und weiter vorzugehen sei³². Durchsetzen konnte er sich nicht, aber er ließ nicht locker und wurde nur noch darin bestärkt, sein eigenes Konzept zu erarbeiten und zu verbessern.

Ein ebenso von der Sache her wie für eine künftige deutsche Frankreichpolitik grundlegender Punkt war Schuberts Schlußfolgerung – Basis seines weiteren Vorgehens in der Reparationsfrage –, daß kein weiteres Reparations-Provisorium

³⁰ Telegramm u. Bericht Wiedfeldt (Botschafter in USA) 7. u. 13. 9., Simon (AA) 23. 9. 1922 etc., PA, WRep, FV Allg. 7 Amerika; außerdem PA, RM 5, Bd. 9; PA, Handakten Direktoren, Schubert, Verschiedenes.

³¹ Dazu auch Gerald Feldmans Beitrag in diesem Band.

³² ADAP, Serie A, Bd. VI, 458; gerade mit Rücksicht auf ein umfassendes, „positives“ Reparationsprogramm, getragen von den gemäßigten Parteien der Mitte und der Linken, hielt er bald darauf das Scheitern einer großen Koalition für „außerordentlich traurig“, während er die neue Regierung Cuno skeptisch beurteilte; Nl. Schubert, Polit. Tagebuch, Bd. 14, 20. 11. 1922 an Dufour.

mehr von Nutzen, aber auch die Festlegung einer endgültigen Summe, für die er bisher eingetreten war, nicht unbedingt erforderlich sei. Er nahm jetzt den Gedanken auf, daß ein jährliches Zahlungsschema für einen längeren Zeitraum, orientiert an der von Sachverständigen zu überprüfenden deutschen Leistungsfähigkeit, ausreiche. Der Zusammenhang mit dem späteren Dawes-Plan ist offensichtlich. Im Zuge der französischen Ruhrpolitik sah er dann mehr und mehr die eigentliche Gefahr weniger für die Ruhr als für das Rheinland³³. Zusätzlich zu der schon für Genua noch recht vage berücksichtigten Verknüpfung von Wirtschaft, Reparationen, Sicherheit und Entspannung war es nun unerlässlich, Reparationsleistung und Sicherheitsgarantie für Frankreich so zu gestalten, daß mit Hilfe Großbritanniens und der USA eine Verständigung mit Frankreich, im Rahmen einer allgemeinen Verständigung der europäischen Mächte, zur Entlastung von dem Druck auf Westdeutschland und zur Rheinlandräumung durch die Alliierten führen würde. Zu diesem Zweck aber mußten die Angebote an die französische Regierung immerhin so weitgehend sein, daß sie nicht einfach darüber hinweggehen konnte und vor allem auch Großbritannien und die USA von dem Nutzen und der Angemessenheit der deutschen Vorschläge überzeugt waren. Unbedingte Voraussetzung dieses Konzepts blieb allerdings, daß sie bereit waren und überhaupt in die Lage versetzt wurden, ihren Einfluß im deutsch-französischen Verhältnis zur Wirkung zu bringen. Deswegen trat Schubert konsequent gegen jede Erwägung auf, sich doch schließlich mit Frankreich und damit mehr oder weniger zu dessen Bedingungen zu verständigen. Denn das mußte zu einem so mächtigen französisch-deutschen Block in Europa führen, daß mit scharfen Gegenmaßnahmen der angelsächsischen Mächte und infolgedessen mit dem Gegenteil der von Schubert erstrebten Zusammenarbeit der führenden europäischen Staaten zu rechnen war. (Schon die Phase der MICUM-Vereinbarungen 1923/24 zeigte, wie empfindlich die Briten auf Ansätze einer französisch-deutschen Wirtschaftsverflechtung reagierten.)

Bis zum Ende seiner Karriere hat Schubert daran festgehalten, daß eine deutsch-französische Verständigung, je stärker er im Laufe der Jahre dafür eintrat, nur im Einvernehmen mit den übrigen Mächten vertieft und nicht gegen Großbritannien und die USA gerichtet sein dürfe. Außerdem war er grundsätzlich der Auffassung, daß in schwierigen Situationen ein sanfter gemeinsamer Druck – der „keinerlei Schärfe zu haben“ brauche – der übrigen Regierungen Frankreich zum Einlenken und zu einer vernünftigen Politik bewege, ja nach seinen Erfahrungen es der französischen Regierung manchmal erst ermögliche, gegenüber der eigenen Öffentlichkeit eine „vernünftige Politik“ zu vertreten³⁴. Hierin brachte er auch

³³ Ebd. an Dufour 6.11., 2. 12. 1922 (Poincaré wolle Frankreich die Beherrschung des Rheinlandes sichern, nicht Reparationen); Bd. 15, 8. 1., u. Bd. 16, 31. 3. 1923 an Dufour (wirkliches Ziel Frankreichs sei das Rheinland, dies zu verhindern, müsse Hauptziel sein). Zu berücksichtigen ist aber, daß diese Argumente im diplomatischen Gespräch die Briten beeinflussen sollten, vor allem der Hinweis auf die Gefahr einer französischen Hegemonie; PA, Handakten Direktoren, Schubert, Schriftverkehr E, Bd. 9a, 18. 8., 1. 9. 1923.

³⁴ ADAP, Serie B, Bd. XVIII, 242, Aufzeichnung 8. 8. 1931, Bd. XIX, 332 (31. 12. 1931) u. ö.

allgemein eine wichtige Erfahrung und Eigenschaft internationaler Politik im Zustand moderner Verflechtung der Staaten zum Ausdruck, auf das europäische Staatensystem bezogen ein systemischer Ansatz der Politik, der bei aller energischen Vertretung nationaler Interessen seinen Ausgangs- und Bezugspunkt in der zum Einvernehmen verpflichteten Staatengemeinschaft, dem Ort der Interessenregelung, hatte.

In diesem Rahmen, der auch den deutschen Wiederaufstieg seiner Ansicht nach am besten förderte, hat Schubert im Frühjahr 1923 die für seine Frankreich-Politik maßgebende außenpolitische Gesamtkonzeption – soweit sie auf Europa bezogen war – formuliert, wobei der Ruhrkampf und der Wunsch, möglichst bald den ruinösen passiven Widerstand zugunsten internationaler Verhandlungen aufheben zu können, einen beschleunigenden Einfluß ausübte. Es war für ihn um so wichtiger, daß die britische Regierung von einem schlüssigen, präzisen deutschen Programm wenigstens so weit überzeugt wurde, daß sie sich zur Einwirkung auf Frankreich entschloß, und zwar in einer Weise, die einen Bruch zwischen beiden unbedingt vermied; denn das wäre für Deutschland wie für die künftigen Verhandlungen der führenden Mächte am ungünstigsten gewesen³⁵. Um möglichst früh den Ruhrkampf durch Verhandlungen aller beteiligten Regierungen über einen Weg aus der Sackgasse der Reparationen zu beenden, bemühte sich die Reichsregierung in langwierigen Beratungen mit allen wichtigen Parteien und Interessengruppen um die Formulierung eines entsprechenden Konzepts und einer Note. In ihr wollte Schubert im April sein umfassendes Programm verwirklichen, das er in der Sicherheitsfrage mit dem Leiter der Rechtsabteilung Gaus – seinem wichtigsten Mitarbeiter auch später, bei der Weiterentwicklung dieser frühen Ansätze in der Locarno-Politik – erarbeitet hatte. Es wurde unverändert die Basis der deutschen Sicherheitsinitiative 1925.

Für die Ingangsetzung von Reparationsverhandlungen der wichtigsten Mächte auf neuer Basis verwertete Schubert Vorschläge von Experten, betonte vor allem die Bedeutung einer internationalen Sachverständigen-Kommission, deren Votum die Reichsregierung vorab anzuerkennen sich verpflichten müsse. Er unterstützte mit Nachdruck die Vorschläge für eine Belastung der Reichsbahn und der deutschen Industrie, um durch eine finanzielle Garantie der deutschen Zahlungen die territorialen Pfänder, vor allem das Ruhrgebiet, und anderweitige, militärisch gestützte Sanktionsmaßnahmen abzulösen, und trat für eine Reparationssumme ein, die sich an den letzten Vorschlägen des britischen Premierministers Bonar Law vor der Ruhrbesetzung orientierte, also an 40 Mrd. Mark. Die dann in Locarno verwirklichten, mit dem Reparationsplan zu kombinierenden Sicherheitsvorschläge als Basis einer politischen Verständigung und engen Zusammenarbeit der Mächte beruhten auf einer bemerkenswert genau durchdachten Verknüpfung von wechselseitiger, durch Großbritannien zu garantierender Sicherung der Rhein- grenze, Anerkennung der Entmilitarisierung des Rheinlandes, einem Schiedsvertragssystem unter Einschluß der Tschechoslowakei und Polens – das äußerste an

³⁵ Nl. Schubert, Polit. Tagebuch, Bd. 15, 8., 15., 29. 1. 1923.

Entgegenkommen, das in Deutschland für die französischen Verbündeten im Osten durchzusetzen war – und der Einfügung dieser Vereinbarungen in die Sicherheitsregelungen des Völkerbunds.

In der deutschen Note vom 2. 5. 1923 blieb fast nichts davon übrig: Schubert war konsterniert vor Niedergeschlagenheit. Wenigstens das nachgereichte Memorandum vom 7. 6. 1923 über die Reparationsregelungen hatte besseren Erfolg (trotz Schuberts Verzweiflung, weil sein Sicherheitskonzept dort fehlte). Der Weg zum Dawes-Plan und nach Locarno war eröffnet – allerdings weder geradlinig noch gesichert³⁶. Dazu bedurfte es neben einigen für die deutsche Außenpolitik günstigen Umständen und Entwicklungen der überragenden Gestalt Stresemanns, dessen Staatssekretär Schubert Ende 1924 wurde, sein engster Mitarbeiter, verbunden mit ihm durch die gemeinsame außenpolitische Zielsetzung, nachdem er vorher schon als stellvertretender Staatssekretär eine führende Position eingenommen hatte. Beharrlich arbeitete er an der Durchsetzung seines Sicherheitssystems 1923/24 weiter, indem er vor allem auf die Briten einwirkte³⁷. Für sein Verständnis von der Entspannung und notwendigen Kooperation der europäischen Mächte, dem erneuerten europäischen Konzert, war dieses System unentbehrlich, auch wenn er aus taktischen Gründen, als der Dawes-Plan entstand und sein Erfolg sich abzeichnete, die Materien trennte und die Chance sah, daß die Reparationsregelung unabhängig von der Sicherheitsfrage getroffen werden konnte. Nichtsdestoweniger war es – von seinen eigenen Intentionen zu schweigen – für ihn keine Frage, daß an einen Ausgleich mit Frankreich ohne die nun erforderliche Ergänzung der Reparationslösung durch die Sicherheitsgarantien nicht zu denken war. Ja, es bestand die Gefahr, daß die französische Regierung andernfalls in einer für das Reich sehr nachteiligen Weise für die Gewährleistung der Sicherheit Frankreichs sorgen würde. Die außenpolitische Konstellation zum Jahreswechsel 1924/25 war deswegen nur der letzte, obgleich wichtige, Anstoß, eine Sicherheitsinitiative in Gang zu setzen, die mit dem eindrucksvollen Erfolg von Locarno endete, die Ära der Verständigung einleitete und auch eine zwar schwierige, aber schließlich doch schlüssige und akzeptable Ergänzung dieser Politik im Osten, gegenüber der Sowjetunion erlaubte³⁸.

³⁶ Ebd. 29. 1. an Wiedfeldt (Botschafter in Washington, Krupp-Direktor); Bd. 16, 9., 23., 30. 4. 1923 an Dufour; Bd. 17, 5. 5. an Horstmann (AA), 28. 5. 1923 an Dufour – Zeugnisse tiefer Niedergeschlagenheit nach dem internen Scheitern seiner Bemühungen um ein umfassendes Konzept und eine große diplomatische Aktion in der ganz unzulänglichen Note v. 2. 5. 1923 („für mich persönlich vielleicht die schwersten [Tage], die ich bisher mitgemacht habe“); PA, Handakten Direktoren, Schubert, E, Bd. 3f.; *Peter Krüger*, Die Außenpolitik der Republik von Weimar (Darmstadt 1993) 203 f., 271–73. An der – stark verbesserten – Note v. 7. 6. 1923 störte ihn die Beschränkung auf die Reparationsfrage und die Außerachtlassung seines Sicherheitskonzepts.

³⁷ Nl. Schubert, Polit. Tagebuch, Bde. 18–24, passim. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß die Locarno-Initiative durch die bekannte Anregung des britischen Botschafters Lord D'Abernon am 29. 12. 1924 entstanden sei.

³⁸ *Krüger*, Außenpolitik (wie Anm. 36) 240–42, 259 ff., 269 ff.; PA, Handakten Direktoren, Schubert, Auswertung E, Bd. 3, Aufzeichnung Schubert 21. 2. 1924.

Ein weiterer für die Frankreich-Politik Schuberts wichtiger Annäherungs- und Lernprozeß betraf den Völkerbund, vornehmlich in Deutschland häufig kritisiert als Organ der Sieger, dessen Möglichkeiten zur Beeinflussung der internationalen Politik und zur Interessenvertretung erst allmählich von der zögernden Reichsregierung und einem erst in der Ära Stresemann auf den Beitritt drängenden Auswärtigen Amt beachtet wurden. Dies war für die Zeitgenossen auch sehr schwer zu erkennen, weil man erst im Laufe der Zeit begreifen konnte – viele begriffen es nie –, worin dabei das Problem lag: Der Völkerbund war tatsächlich am Anfang ein Organ der Sieger – und warum auch nicht? Er vermochte eine offene Staatengemeinschaft nur dann zu werden und sowohl aus der Beteiligung Deutschlands Nutzen zu ziehen als auch für die Reichsregierung attraktiv zu sein, wenn Deutschland wieder zur gleichberechtigten Großmacht aufgestiegen und – dies war ausschlaggebend – den Grundsätzen einer kooperativen Außenpolitik mit gemeinsamen, die Aktionsfreiheit begrenzenden Verfahrensregeln verpflichtet war. Stresemann und Schubert waren dazu bereit. Schubert bietet ein besonders markantes Beispiel für die Erfassung dieses komplizierten Zusammenhangs.

Anfangs stand Schubert dem Völkerbund skeptisch gegenüber oder beachtete ihn in seinen Überlegungen kaum. Das änderte sich bezeichnenderweise in dem Augenblick, als er für die Reichsregierung eine Chance sah, gleichberechtigt an der Erneuerung eines auf Kooperation gegründeten Staatensystems teilzunehmen, nämlich im Zusammenhang mit der Konferenz von Genua. Zusätzlich spielten britische Anregungen und der französische Druck 1922/23 eine Rolle, den man in Berlin unter anderem mit Hilfe des Beitritts zum Völkerbund zu verringern erwog. Auch stand für Schubert während des Ruhrkampfs reine Interessenskalkulation zur Sicherung des Rheinlandes im Vordergrund. Aber später, mit Nachdruck seit der Locarno-Konferenz, setzte sich wieder seine ursprüngliche Überlegung durch, den Völkerbund zu nutzen als Institution und Basis für eine europäische Politik des Interessenausgleichs, des engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses und einer neuen Variante eines quasi institutionalisierten europäischen Konzerts im Völkerbundsrat.

Den Völkerbund empfand er immer mehr als eine praktische Einrichtung für europäische Probleme und Initiativen: Die bedeutendsten deutschen, von Schubert unterstützten Beiträge zur Politik des Völkerbunds lagen auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaft, und für den ständigen Kontakt der führenden Mächte und Staatsmänner, insbesondere für die Erörterung deutscher Revisionswünsche am Rande der Völkerbundstagungen, war der Völkerbund Ort und Schule internationaler Politik. Der Idee der Erziehung von Parlamentariern zum Denken in internationalen Zusammenhängen durch Einladung von Vertretern der Parteien, auch der Opposition, maß er wachsende Bedeutung bei³⁹. Auf die Frankreich-Politik bezogen, erlangten alle diese Möglichkeiten des Völkerbunds erhöhte Bedeu-

³⁹ Nl. Schubert, Polit. Tagebuch, Bd. 7, 25. 1. 1922; Bd. 8, 1. 2., 15. 3. 1922; Bd. 11, 20., 25. 7. 1922; Bd. 16, 31. 3. 1923; Bd. 18, 18., 25. 6. 1923 etc.; PA, R 29313, 18. 8. 1926; R 29381, 18. u. 25. 7. 1927 etc.

tung für Schuberts Bestreben, das deutsch-französische Verhältnis sozusagen in wesentlichen Bereichen zu internationalisieren und die Unterstützung der übrigen „Locarno-Mächte“, vor allem der Briten, für die deutschen Revisionsforderungen zu sichern, die er immer wieder deutlich und drängend formulierte. Denn nur über klar und berechenbar formulierte, international allerdings zu rechtfertigende Interessen und Forderungen ergaben sich, nach seiner stichhaltigen Auffassung internationaler Beziehungen in wachsender moderner Verflechtung, erst wirkliche Verhandlungen, Konzessionen und Kompromisse beider Seiten.

Dies war auch eine politische Strategie der internationalen Einbindung Frankreichs. Es gab also – und zwar bis heute – nicht nur französische Bemühungen um eine europäische Einbindung Deutschlands. Beharrlich und mit Nachdruck hat Schubert auf diese Weise deutsche Revisionsforderungen und Interessen verfolgt, soweit sie der Methode einvernehmlicher internationaler Regelung angemessen waren – eine deutliche Einschränkung deutscher Ziele über die einzuhaltende Methode. So ging er in Ausführung und Ergänzung der außenpolitischen Linie Stresemanns vor, von der Reduzierung der Besatzungstruppen über die Beendigung der Militärkontrolle – hier trat der organisierte Druck der übrigen Locarno-Mächte auf Frankreich exemplarisch zutage⁴⁰ – bis zur Einleitung der großen Regelung des die deutsche und europäische Politik so belastenden Gesamtkomplexes von Reparationen und Rheinlandräumung im Herbst 1928⁴¹. Es ist unzutreffend, wenn in den neuesten Forschungsergebnissen eine Verhärtung des Tons 1928/29 und eine Wende hin zu kompromißloserer Durchsetzung deutscher Revisionsforderungen festgestellt wird⁴². Schubert hat das klare und deutliche Stellen deutscher Forderungen seit eh und je praktiziert und Stresemann, dem man zu Recht eine geschmeidigere, auf sein persönliches Verhältnis zu Briand gestützte und mit rhetorisch glänzender Argumentation versehene Vorgehensweise zuspricht, an

⁴⁰ ADAP, Serie B, Bd. I/2, Dok. Nr. 233–63; Bd. XVIII, 242 f., Aufzeichnung Schubert 8. 8. 1931 u. ö.

⁴¹ *Krüger*, Außenpolitik (wie Anm. 36) Kap. 7.

⁴² *Franz Knipping*, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931 (München 1987) 30–50; *Baechler*, Stresemann (wie Anm. 8) 772–88, der im übrigen meine Interpretation der Initiative Schuberts nicht ganz korrekt wiedergibt (775–77): Als Schubert, mit Stresemanns Billigung auch im Detail, den Prozeß in Gang setzte, der zu Young-Plan und Rheinlandräumung führte, war gerade für ihn, der unter der Sorge vor einem großen wirtschaftlichen Zusammenbruch lebte, die volle Reparationsleistung gemäß dem Dawes-Plan zu einer bedrohlichen Belastung Deutschlands und darüber hinaus der Weltwirtschaft geworden. Wenn überhaupt, dann mußte 1929 eine erleichternde endgültige Regelung eingeleitet werden, die auch sonst von Reparations- und Wirtschaftsexperten als unumgänglich erachtet wurde. Das Problem war, wie dies ohne die verheerenden Folgen einer Reparationskrise in Gang gesetzt werden konnte. In dieser Situation war also die Reparationsfrage mindestens ebenso wichtig wie die – auch für Schubert, wie seine politischen Erwägungen seit den frühen 1920er Jahren gezeigt haben, maßgebende – Räumungsfrage mit ihrer grundlegenden Bedeutung für die deutsche Außen- und Verständigungspolitik. Also wurde die – ebenfalls dringend zu lösende – Frage der Rheinlandräumung als taktisches Mittel eingesetzt, um damit über die prompt zu erwartende Gegenforderung der Franzosen, daß gleichzeitig die endgültige Regelung und Sicherung der Reparationen gewährleistet werden müsse, die Reparationsfrage zur Neuregelung aufzuwerfen; *Krüger*, Außenpolitik (wie Anm. 36) 430 ff.

den Rockschoßen gepackt, wenn er manchmal die deutsche Interessenlage zu sehr in allgemeinen Erwägungen und Formulierungen verschwimmen ließ. Zu berücksichtigen ist auch, daß die deutsche Außenpolitik bis zum Herbst 1928 Geduld zeigen und sich auf Vorstufen oder weniger entscheidenden Etappen großzügiger bewegen konnte, während es nun für alle beteiligten Regierungen um Kernfragen ihrer Interessen und der europäischen Politik ging. Hier war nichts anderes als ein viel härteres Ringen um jeden Vorteil zu erwarten. Daß trotz der Auseinandersetzungen bis zur Erschöpfung die Haager Konferenzen um Young-Plan und Rheinlandräumung zu einer eindrucksvollen Einigung führten, war die größte Bewährungsprobe der auf einvernehmliche Lösungen als oberstes Prinzip angelegten Locarno-Politik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens. Für Schubert hatten diese Regelungen ihren Wert für das immer engere Zusammenwirken der europäischen Mächte, weit über die Revisionspolitik hinaus.

In den Verhandlungen selbst hat Schubert dann immer wieder bewiesen, daß er zu Zugeständnissen und Kompromissen bereit war. Doch galt er gerade den Franzosen häufig als derjenige, der hinter einer nachdrücklichen Vertretung deutscher Forderungen und einer präzisen Auslotung der jeweiligen Lage stand – ein Vorgehen, das dem Naturell Briands und seiner besonderen Beziehung zu Stresemann keineswegs behagte. Und trotzdem wurde die insistierende, manchmal etwas umständliche, methodische, auf Details achtende Art Schuberts nicht mißverstanden. Nie vorher oder nachher hat sich eine so ungezwungene, vertraute Atmosphäre für die Deutschen im Kreise der Vertreter der europäischen Staaten eingestellt wie in der zweiten Hälfte der 20er Jahre. Briand nannte Schubert gelegentlich in treffender Kennzeichnung seiner Schwierigkeiten, die er zuweilen mit ihm hatte, scherzhaft „l'homme terrible“. In einer Teepause zwischen zwei Sitzungen des Völkerbundsrates am 12. 3. 1927 meinte Schubert sehr charakteristisch für sein politisches Denken, unter fürchterlichen Leuten verstehe er solche, „deren einziges Ziel sei, im trüben zu fischen“. Der polnische Außenminister Zaleski trat hinzu und pflichtete Briand nicht nur bei, sondern fand noch eine Steigerung: Man könne Schubert als das „mauvais génie“ der Wilhelmstraße bezeichnen. Auch dies gewann seinen Reiz dadurch, daß man Schubert als eine Art Dirigent der deutschen Außenpolitik im Hintergrund betrachtete. Am Abend, beim Abschied, erinnerte Schubert Zaleski an die Stelle in Goethes Faust, „wo Mephistopheles sagte: Ich bin ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Herr Zaleski sah mich zuerst etwas erstaunt an, dann meinte er lachend, das sind wohl Sie? Ich bejahte dies, worauf wir uns beiderseits glückliche Reise wünschten.“⁴³

Dies sind seltene Äußerungen der Selbsteinschätzung eines Außenpolitikers, der in Europa „das Gute“, also vernünftige, akzeptable Lösungen schaffen wollte und mit seinem Sinn für Klarheit und Zuverlässigkeit in der internationalen Politik auch bei anderen Gelegenheiten deutlich machte, daß er Politiker, die im trüben fischen wollten, verabscheute. In einem „tief in der Nacht“ geschriebenen,

⁴³ ADAP, Serie B, Bd. IV, 528 f.

sehr persönlichen Brief aus Genf vom 18. 9. 1928, in der Erleichterung über eine Woche, die für ihn „die schwerste“ war, die er je in Genf erlebt habe und in der sein großer Plan, Rheinlandräumung und endgültige Reparationsregelung nun tatsächlich in Gang zu bringen, geglückt war, rechtfertigte er seine Anstrengungen, im Kreise der Locarno-Mächte dieses Resultat, das wichtigste im deutsch-französischen Verhältnis, erzielt und damit Klarheit und „eine neue Basis“ geschaffen zu haben, „um auf dieser Basis unsere Politik neu aufbauen zu können“⁴⁴. Erst als seine, die deutsche Außen- und Verständigungspolitik maßgebend mitgestaltende Phase als Staatssekretär 1930 abgelaufen und er zum Botschafter in Rom in einer Zeit ernannt worden war, die innen- und außenpolitisch die Abkehr von der Weimarer Republik und ihren politischen Leitlinien brachte, stellte man am Quai d’Orsay erstaunt fest, wie Schubert aus sich herausging, für die republikanische Verfassung eintrat und als einer der letzten Verfechter der Außenpolitik der Stresemann-Ära herausragte⁴⁵.

Daß Schuberts Ziele gerade in seiner Frankreich-Politik über die Revisionsforderungen deutlich hinausgingen, sei abschließend anhand der beiden zentralen Entwicklungen, an denen das deutlich wurde, erläutert, seiner Europa-Politik, die ohne eine maßgebende Rolle Frankreichs nicht denkbar war, und seines sich allmählich vertiefenden Verhältnisses zu Frankreich.

Was man als Schuberts europapolitische Maximen bezeichnen könnte, trat zunächst einmal darin hervor, daß er eine möglichst enge Zusammenarbeit der europäischen Staaten, vor allem in der Wirtschaft und schon mit Rücksicht auf das amerikanische Übergewicht, als lebenswichtig für Deutschland ansah. In zahllosen Gesprächen – französische Partner waren vor allem Briand und Loucheur – legte er seine Vorstellungen von einem engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas dar, sei es durch industrielle Kooperation (die Rohstahlgemeinschaft vom 30. 9. 1926 zwischen Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland begrüßte er, bemühte sich aber sofort, wenn auch vergeblich, um den Beitritt der britischen Stahlindustrie), sei es auf dem Wege der Reduzierung von Handelsschranken bis hin zu einer Zollunion, Ziele, welche Stresemann und die deutschen Vertreter bei der Vorbereitung und Durchführung der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbunds 1927 und den Folgeverhandlungen anstrebten⁴⁶. Insoweit reagierte

⁴⁴ Ebd. Bd. X, 100–103. Zu vergleichen wäre Stresemanns Brief an Reichspräsident Löbe (SPD) vom 19. 9. 1929, Bd. XIII, 59f.

⁴⁵ MAE, Série Z – Europe, Allemagne 1930–1940, Corps diplomatique allemand, Bd. 614, Berichte Botschaft Berlin 2. 2. 1931, 21. 9. 1932, Botschaft Rom 25. 2. 1931. Botschafter Margerie, den Schubert am 20. 6. 1931 zufällig im AA traf, habe ihn beinahe umarmt und ihm zugeflüstert: „Wir sind sehr traurig, daß Sie nicht mehr hier sind!“ Nl. Schubert, Polit. Tagebuch seit 1930, Bd. 17.

⁴⁶ Die Beispiele ziehen sich von der Nachkriegszeit bis zu seiner Pensionierung, etwa Nl. Schubert, Polit. Tagebuch, Bd. 11, 3., 10. u. 22. 7. 1922; ADAP, Serie B, Bd. II/2, 125–31, 14. 7. 1926; PA, Geheimakten Abt. III, Wirtschaft 6 England, 3. 9. 1926 (britische Industrie); ADAP, Serie B, Bd. VI, 435, 13. 9. 1927 (Briand); Bd. VIII, 316f., 10. 3. 1928 (Loucheur); Peter Krüger, Der Europagedanke in der Weimarer Republik: Locarno als Kristallisationspunkt und Impuls, in: *Jac Bosmans* (Hrsg.), *Europagedanke, Europabewegung und Europa-*

er auch zustimmend auf erste Andeutungen von Briands Europaplan 1929, die ja zunächst einen wirtschaftlichen Schwerpunkt hatten, während er den politischen Aspekten mit Rücksicht auf die deutsche Innenpolitik und die Unterbindung deutscher Revisionsmöglichkeiten sehr reserviert gegenüberstand. Vor allem aber erkannte er die Gefahr, die seiner grundlegenden Konzeption des engen Einvernehmens der europäischen Mächte, vor allem Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens, drohte, sofern die Briten den Plan ablehnten. Noch in seinen letzten Wochen als Staatssekretär warb er für den „guten Kern“ von Briands Plan in wirtschaftlicher Hinsicht. Beschwörend wies er die Briten darauf hin, daß er persönlich „auf die wirtschaftlichen Ausführungen des Briand-Memorandums den größten Wert lege“ und eine „absolute Weigerung Englands, sich an dem Plan irgendwie zu beteiligen, doch auch auf unsere Stellungnahme einen großen Einfluß haben würde“⁴⁷.

Ein weiteres Kennzeichen der Europa-Politik Schuberts läßt sich als Politik des europäischen Konzerts beschreiben. Die eigentliche Antriebskraft seiner außenpolitischen Anstrengungen hat er am 28. 7. 1928 in einem grundlegenden Erlaß, mit dem die endgültige Regelung der Reparations- und Räumungsfrage initiiert wurde, besonders eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht: Locarno-Verträge und Locarno-Politik als Basis „für ein ständiges, vertrauensvolles Zusammenwirken“ der europäischen Mächte in „allen Fragen der europäischen Politik“ – eine heute noch gültige Formulierung von Sinn und Zweck des europäischen Konzerts⁴⁸.

Schubert suchte diese Politik in den laufenden Angelegenheiten auch zu verwirklichen, indem er immer wieder auch die Verpflichtungen Deutschlands betonte; die Reichsregierung müsse ihren Beitrag zum Interessenausgleich und zu verantwortungsvoller Mitarbeit leisten, gerade in Krisenfällen. Und er stellte das praktisch unter Beweis in der italienisch-jugoslawischen Spannung (Frühjahr 1927), im Wilna-Konflikt (1927/28) oder in der Unterstützung der französischen, zur Stabilisierung auf dem Balkan beitragenden Jugoslawien-Politik (November 1927) – häufig im Unterschied zur vorherrschenden Meinung in der deutschen Innenpolitik oder im Kabinett⁴⁹. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs peinigte ihn die Befürchtung einer großen wirtschaftlichen Katastrophe in Europa; auch dies ein Ansporn, vor allem in Gesprächen mit Briand auf engere Zusammenarbeit der europäischen Regierungen zu drängen. Aber es stand mehr dahinter. In dem wohl ernstesten und von grundlegendem Einverständnis zeugenden Meinungsaustausch mit Briand am 13. 9. 1927 in Genf⁵⁰ über die „Weltlage“ hob Schubert her-

politik in den Niederlanden und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg (Münster 1996) 15–32.

⁴⁷ Aufzeichnungen Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. XII, 299–301 (1. 8. 1929), Bd. XV, 119–21 (28. 5. 1930).

⁴⁸ Ebd. Bd. IX, 476–79.

⁴⁹ Ebd. Bd. V, 63 f. (25. 3. 1927), Bd. VII, 239–42 (14. 11. 1927), 373 f. (28. 11. 1927), 377–81 (29. 11. 1927); Auswärtiges Amt (Hrsg.), Abschluß der Edition „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“ (Bonn 1996) 23–34.

⁵⁰ ADAP, Serie B, Bd. VI, 435.

vor, „daß es gewisse, ganz elementare Weltprobleme gäbe, welche nicht durch diplomatische Kunststücke gelöst werden könnten. Als solche Probleme bezeichnete ich das chinesische, das russische und das Balkanproblem, das im Zusammenhang mit Italien betrachtet werden müsse; ich erwähnte ferner das Problem der wirtschaftlichen Zukunft Europas. Ich sagte, die Lösung dieser ganz großen Probleme werde noch einmal die Staatsmänner Europas vor ganz außerordentlich schwere Aufgaben stellen, die nur dann gelöst werden könnten, wenn die Staatsmänner auf das allerengste zusammenarbeiten. Zur Erreichung einer solchen Zusammenarbeit sei es aber meiner Ansicht nach unbedingt notwendig, daß vorher alle anderen Probleme, die im Vergleich zu den von mir genannten großen Problemen ganz klein erschienen, gelöst werden müßten.“

Damit deutete sich auch schon die allmähliche Vertiefung des Verhältnisses zu Frankreich im Rahmen der europäischen Verständigung an. Zu Beginn der deutschen Locarno-Politik, in den Anfängen der Sicherheitsinitiative, gab Schubert seiner Vorstellung von Verständigung in einem Brief an den Botschafter in London vom 9. 2. 1925 fast klassischen Ausdruck: „Ich möchte, weil das eben unsere ehrliche Absicht ist, daß die Kabinette in London und Paris den Eindruck gewinnen, daß wir *vertraulich*, aber andererseits ganz offen und ohne Hintergedanken diese Besprechungen führen, die nur dazu dienen sollen, die Sicherheitsfrage als die wichtigste Grundfrage der ganzen Streitigkeiten in einer Weise zu lösen, welche die Franzosen befriedigt und für uns annehmbar ist.“⁵¹

Den im September 1926 zwischen Briand und Stresemann in Thoiry erwogenen Generalausgleich hätte er zwar grundsätzlich für eine optimale Lösung gehalten, aber er stand dem Unternehmen schon in der Vorbereitungsphase mit großer Skepsis gegenüber, weil er es angesichts der erforderlichen Mitwirkung der USA und Großbritanniens für kaum durchführbar hielt. Außerdem kam dabei wieder seine Sorge vor Gräben zwischen verschiedenen Staatengruppen zum Ausdruck. Er erwog eine weitere Zusammenkunft, an der vor allem Chamberlain beteiligt werden sollte – ganz im Sinne der gemeinsamen Politik zu dritt. Den Wirtschaftsverhandlungen indessen, die sich von Herbst 1924 bis zum Abschluß des deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens vom 17. 8. 1927 hinzogen, aber gerade deswegen zu einer wachsenden Vertrautheit der Verhandlungspartner miteinander führten, maß er große Bedeutung bei, sowohl wirtschaftlich als auch für die Verständigungspolitik⁵². Bei der schließlich mit größten Anstrengungen unter Dach und Fach gebrachten Reparationsregelung – von Schubert auch unter dem Gesichtspunkt der internationalen Wirtschaft begrüßt – und Rheinlandräumung war es für ihn nur schmerzlich, daß der Versuch scheiterte, auch die vorzeitige Rückgliederung des Saargebiets zu vereinbaren. Hierbei hatte er sich für großzügige Konzessionen eingesetzt und auch viel für die deutsch-französische Annäherung und neue Formen der wechselseitigen wirtschaftlichen Verflechtung erhofft. In einem persönlichen Telegramm an den mit ihm befreundeten Botschafter in Paris

⁵¹ PA, St.S. FS, Bd. 2.

⁵² ADAP, Serie B, Bd. I/2, 502 (27. 11. 1926), Bd. VI, 251 (17. 8. 1927).

von Hoesch brach sich seine Empörung über die Widerstände Bahn: „Sieht Herr Briand nicht ein, daß eine Verständigung über das Saargebiet unter Umständen das beste politische und wirtschaftliche Geschäft sein könnte, das je zwischen unseren beiden Ländern getätigt worden ist?“ Und als er wieder einmal Anlaß zu haben glaubte, sich über mangelnde Verständigungsbereitschaft der Franzosen zu beklagen, betonte er sofort, er tue dies nicht, weil er plötzlich anti-französisch geworden sei, „sondern weil ich mich im Gegenteil, glaube ich, im Auswärtigen Amt als der überzeugteste Exponent einer deutsch-französischen Annäherungspolitik bezeichnen kann“⁵³. Nur sollte diese Annäherung keinesfalls einseitig und in Absonderung beider Länder erfolgen.

In der Weltwirtschaftskrise beschwor er Reichskanzler Brüning von Rom aus mehrmals, den Ausweg aus der Katastrophe in internationaler Zusammenarbeit und gemeinsamen Anstrengungen statt in nationaler Abschottung zu suchen. Vor allem aber trat er eindringlich dafür ein, „daß unsere Rettung schließlich und endlich nur in einem gewissen Ausgleich mit Frankreich und in einem wirtschaftlichen Zusammengehen mit Frankreich bestehen kann“. Diese Auffassung habe er während seiner Amtstätigkeit in Berlin stets vertreten. Im übrigen dürfe man „die Hoffnung nicht aufgeben, doch einmal zu erreichen, daß dem Unfug des historischen deutsch-französischen Haders zum Besten beider Völker endlich ein Ende bereitet wird“. Schon zur Disposition gestellt, wurde er am 12. 5. 1933 privat gefragt, „welche außenpolitische Linie ich selbst jetzt wohl einschlagen würde“. In einem Überblick hielt er unter den obwaltenden Umständen ein engeres Verhältnis mit Frankreich für unmöglich, „obgleich eine wirkliche Verständigung auf allen Gebieten mit Frankreich das einzig Logische und Richtige wäre“. Und noch einmal bekräftigte er seine Überzeugung, daß ein enges Zusammengehen mit Großbritannien – trotz dessen „zwiespältiger“ Politik als europäische und Weltmacht – und Frankreich anzustreben sei; und mit den Westmächten wäre auch eine gemeinsame Politik gegenüber der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten zu vereinbaren – ein Bekenntnis zur vertieften europäischen Kooperation⁵⁴.

⁵³ Ebd. Bd. XII, 233 (18. 7. 1929), Bd. IX, 519 (4. 8. 1928).

⁵⁴ Ebd. Bd. XIX, 331 (31. 12. 1931); NI. Schubert, Polit. Tagebuch seit 1930, Bd. 77, Aufzeichnung 13. 5. 1933 – von deutschen Revisionszielen war bei ihm in jenen Jahren keine Rede mehr.